

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 29. April 1980

Blatt 1165

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS Krapfenwaldlbad - heuer auch oben ohne
ausgesendet: Drogenmaßnahmen werden bereits realisiert
(violett)

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan für Aspern
Hatzl: Der Gemeindebau hat viele Gesichter

Nur über FS: 29.4. Verkehrsmaßnahmen in der Liechtensteinstraße
Weststadion am 3. Mai bereits "ausverschenkt"

29. april 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1166

.....
bereits am 28. april 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

L o k a l :

=====

krapfenwaldlbad - heuer auch oben ohne

12 wien, 28.4. (rk) auf das bikinioberteil verzichten zu koennen - das war ein wunsch vieler weiblicher badegaeste, der bisher allerdings in den wiener staedtischen sommerbaedern nicht zu realisieren war. allen damen, die lieber oben ohne baden, kann jedoch fuer diese badesaison das krapfenwaldlbad empfohlen werden: wie baederstadtrat peter s c h i e d e r montag gegenueber der ''rathaus-korrespondenz'' erklarte, wird heuer im sommerbad krapfenwaldlbad der versuch gestartet, auch in wien ein oben-ohne-bad zu schaffen.

bisher musste die baederverwaltung einschreiten, wenn - was allerdings selten vorkam - weibliche badegaeste ohne oberteil im bad lagen und andere badegaeste daran anstoss nahmen. im krapfenwaldlbad wird das nun nicht mehr moeglich sein: dieses staedtische sommerbad gilt mit beginn der badesaison 1980 offiziell als ''oben-ohne-bad.'' das heisst natuerlich nicht, dass weibliche badegaeste das oberteil ablegen m u e s s e n . (hs)

1339

.....
bereits am 28. april 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

drogenmassnahmen werden bereits realisiert

14 wien, 28.4. (rk) in wien wurden, wie gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r heute, montag, gegenueber der "rathaus-korrespondenz" erklarte, gerade in letzter zeit die massnahmen zur hilfe bei drogenmissbrauch und drogenabhaengigkeit ausgebaut. die grundlage dafuer bildete ein massnahmenkatalog, der auf seine anregung 1978 von fuehrenden fachleuten erstellt worden sei. damit nahm stacher zu einer aussendung von vp-stadtraetin dr. gertrude kubiena im pressedienst ihrer partei stellung, in der die schaffung zusaetzlicher einrichtungen, aber auch eine intensivschulung von eltern, lehrern und schulaerzten gefordert wurde. was die oevp-forderung betrifft, so sind laut stacher derzeit wesentliche teile davon bereits verwirklicht beziehungsweise im konkreten planungsstadium:

so ist das erste uebergangsheim fuer entwoehnte drogenabhaengige, das vom anton proksch-institut, kalksburg, mit hilfe der stadt wien betrieben wird, bereits seit ueber einem jahr taetig, wobei an die errichtung weiterer aehnlicher einrichtungen gedacht ist. ebenso wurden auch mehrere selbsthilfegruppen und elterninitiativen gegrundet, die von der stadt wien durch die bereitstellung von raeumlichkeiten und durch die mitarbeit von fachleuten als berater unterstuetzt werden. fuer informationen, beratungen und die vermittlung von behandlungsplaetzen sowie betreuungsmoeglichkeiten im wiener raum steht die im vorjahr errichtete "zentralstelle fuer suchtkrankenhilfe" zur verfuegung. gleichzeitig damit wurden aber auch informationsbroschueren sowohl fuer drogenabhaengige als auch fuer eltern von jugendlichen mit drogenproblemen herausge-

bracht. fuer die schulaerzte saemtlicher wiener pflichtschulen und der ahs wurden eigene kurse ueber drogenprobleme durchgefuehrt. der im vorjahr konstitulierte drogenbeirat hat beratung und koordinierung aller laufend durchgefuehrten initiativen und massnahmen sowie die beratung von selbsthilfegruppen uebernommen. ferner wird noch im laufe des heurigen jahres die kapazitaet der drogenstation kalksburg von derzeit 15 auf 45 betten erweitert werden. darueber hinaus wurde in kalksburg auch mit einem werkstaettenprojekt fuer langzeitpatienten begonnen.

wien verfuegt weiters ausser den vier ambulanten drogenberatungsstellen als einziges bundesland oesterreichs ueber eine eigene spezialstation fuer behandlung von drogenabhaengigen in der psychiatrischen universitaetsklinik im allgemeinen krankenhaus und die ueberaus erfolgreiche, von vizebuergerrmeisterin gertrude froehlich-sandner ins leben gerufene einrichtung der sogenannten "streetworker".

ueber all diese massnahmen habe er, stacher, jedoch bereits ende februar vergangenen jahres die vp-stadtraetin und die mitglieder des gemeinderatsausschusses fuer gesundheit und soziales ausfuehrlich informiert. die forderungen von stadtrat kubiena zeigten, dass sie sein programm, das zum teil schon verwirklicht wurde, fuer richtig halte, schloss stacher. (zi)

29. april 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1169

k o m m u n a l :

=====

neuer flaechenwidmungsplan fuer aspern

1 wien, 29.4. (rk) das verbot der errichtung von anlagen zur schottergewinnung oder ausbeutung des bodens sieht ein neuer flaechenwidmungsplan fuer aspern (plannummer 5598) vor, der vom 2. mai bis 29. mai waehrend der amtsstunden montag bis freitag zwischen 7.30 uhr und 15.30 uhr in der magistratsabteilung 21, wien 1, rathaus, stiege 5, 2. stock, zimmer 413, zur oeffentlichen einsicht aufliegt.

der neue flaechenwidmungs- und bebauungsplan ist das ergebnis einer ueberarbeitung der bestimmungen im bereich von aspern und stadlau, die in mehreren teilen durchgefuehrt wurde. die frueher bestandenen widmungen fuer wohngebiet, gruenland/schutzgebiet - wald- und wiesenguertel, gruenland/erholungsgebiet - sport- und spielplaetze bzw. gruenland/laendliches gebiet sowie die bestehenden verkehrsflaechen werden auch im neuen plan aufscheinen. um die landschaft zu schuetzen, soll jedoch kuenftig hier auf schottergewinnung verzichtet und die errichtung von gebaeuden und anlagen fuer land- und forstwirtschaftliche oder berufsgaertnerische zwecke ausgeschlossen werden. fuer den sportplatz am naufahrtweg soll eine begrenzung der gebaeudehoehe mit 4,5 m festgelegt werden. im jahr 1978 wurden teile der donaustadt als vollnatureschutz-, teilnatureschutz- und landschaftsschutzgebiet erkluert. diese verordnung hat teilweise auch im plangebiet geltung. (and)

0840

k o m m u n a l :

=====

hatzl: der gemeindebau hat viele gesichter

3 wien, 29.4. (rk) der kommunale wohnbau in wien hat sich verändert (rufz.) nicht seiner idee nach, da herrscht nach wie vor als oberstes leitziel das recht jedes menschen auf eine zeitgemaesse wohnung, dafuer aber in seiner aeusseren form. der gemeindebau hat viele gesichter, architektur und wohnformen sind so vielgestaltig wie nie zuvor. dies stellte wohnen-stadtrat johann hatzl bei einer baustellenbesichtigung mit redakteuren der tagespresse am montag fest. die besichtigung von sechs projekten - dem partizipationsmodell fesstgasse, dem projekt "wohnen morgen", der wohnhausanlage am schoepfwerk, der grossbaustelle neilreichgasse-sahulkastrasse, einer kleineren anlage in der eisteichstrasse und einer lueckenverbauung in der kaiser ebersdorfer-strasse - bot einen repraesentativen querschnitt durch den facettenreichtum des kommunalen wohnbaus. "dabei", betonte stadtrat hatzl, "wurde die besichtigung der projekte sicher nicht nach dem kriterium der vielseitigkeit ausgewaehlt, denn es gibt heute in wien kaum eine baustelle fuer einen kommunalbau, die man mit einer anderen vergleichen koennte."

Loggien, terrassen, unterschiedliche gebaeudehoehen, die anordnung von baubloecken und eine harmonische farbgebung praegen das bild der anlagen. ebenso abwechslungsreich wie die aeussere form ist auch das "innenleben" der gebaeude. bei jedem projekt gibt es verschiedene grundrisse, bei der in bau befindlichen anlage neilreichgasse - sahulkastrasse liess der architekt nicht weniger als 60 verschiedene grundrissvarianten ausarbeiten. neben den standardtypen mit einer durchschnittsgroesse von 75 bis 80 quadratmeter pro wohnung gibt es maisonetten, split-level-wohnungen, atelier-, senioren-, behindertenwohnungen oder wohnungen in reihenhausform mit gaerten. die meisten wohnungen besitzen windgeschuetzte terrassen oder loggien.

bei aller verschiedenartigkeit der gemeindebauarchitektur gibt es bei der gestaltung jedoch eine gemeinsame grundidee, die an die tradition der ersten grossen kommunalen wohnhausanlagen der zwischenkriegszeit anknuepft: die rueckkehr zu gemeinschaftseinrichtungen, zu kommunikationszentren und zu innenhoefen ist in fast allen anlagen dominierend. die menschen der engeren wohnumgebung sollen einander kennenlernen, kleinere und groessere be-
gegnungsstaetten in den stiegenhaeusern, in laubengaengen oder in hofbereichen laden zum verweilen ein.

die wohnhausanlage im 16. bezirk, fesstgasse 12 - 14, mit 39 wohnungen, ist das erste partizipationsmodell der stadt wien, bei dem mieter ihre wohnungen weitgehend mit dem architekten mitgestalten konnten. die wahlmoeglichkeiten der mieter reichten vom geschoss, der wohnungsgroesse, des wohnungsgrundrisses, der fenster- und loggiengestaltung, bis zur ausstattung.

das projekt wohnen morgen auf dem areal der ehemaligen strassenbahnwerkstaette im 15. bezirk setzt mit 292 wohnungen in einem stadterneuerungsgebiet einen besonderen akzent. bestimmendes element des preisgekroenten entwurfes ist eine durch die mitte des planungsbereiches fuehrende fussgaengerstrasse. parallel zur anschuetzgasse und zur jheringgasse wurden vier wohnblocks errichtet, zwischen denen sich drei gruenzonen ergeben.

auch die wohnhausanlage am schoepfwerk mit 1.704 wohnungen ist fussgaengerzone. hauptmerkmale sind symmetrisch gegliederte innenhoefe um die sich baukoerper verschiedener groessenordnung gruppieren und - gleichsam als eingangspforte zur anlage - ein 17-geschossiges wohnhochhaus.

das noch im bau befindliche projekt neilreichgasse - sahlukastrasse im 10. bezirk sieht mit mehr als 1.000 wohnungen eine bebauung vor, die sich im wesentlichen aus zwei ineinandergreifenden, raeumlich gegliederten grosshoefen zusammensetzt. ein abwechslungsreiches gefuege mit einem netz von fusswegen, plaetzen und aussenraeumen wird an die vielgestaltigkeit von altstadtraeumen erinnern.

auch bei den kleineren wohnhausanlagen, beispielsweise in der eisteichstrasse im 11. bezirk, fehlt der innenhof nicht. ausserdem faellt hier ganz besonders die liebe zum detail auf. aus den sonst kahlen entlueftungsschaechten der tiefgarage wurden hier buntbemalete gesichter.

ein musterbeispiel einer perfekten stadterneuerung ist die kaiser ebersdorfer-strasse 290. hier wurde ein altes haus bis auf die denkmalgeschuetzte fassade abgetragen und an die restaurierte aussenmauer ein neues haus mit modernen wohnungen angebaut.

wie stadtrat hatzl feststellte, wurden heuer bereits 729 wohnungen fertiggestellt. seit 1945 wurden 134.997 wohnungen fertiggestellt, weitere 6.254 sind gegenwaertig in bau, wobei 90 prozent aller baustellen der stadterneuerung zuzurechnen sind.

15 baustellen wurden heuer bereits im gemeinderatsausschuss fuer wohnen und stadterneuerung beschlossen, weitere 26 baustellen sind fuer dieses jahr noch vorgesehen. (ba)

0948

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

6 wien, 29.4. (rk) die sitzung des wiener gemeinderates wurde unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) eroeffnet.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von str. n e u s s e r (oevp) bezueglich der leistungen der stadt wien fuer die firma philips, obwohl ein direktor erklarte, dass keine neuen arbeitsplaetze geschaffen werden koennen, antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass die firma philips mit aufnahme des neuen betriebes 800 arbeitskraefte aufnehmen wird. die firma habe in den letzten drei jahren investitionen von 4,6 milliarden getaetigt. vertraglich wurde festgehalten, dass philips 63 millionen - das ist der grundstueckspreis im neuen betriebsbaugebiet - zurueckzahlen muesse, wenn ihre eigenen investitionen unter 300 millionen liegen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e antwortete mayr, dass philips noch vor inbetriebnahme des neuen betriebes 600 zusaetzliche arbeitskraefte einstellen wird. mit aufnahme des vollen betriebes werden es, wie vereinbart, 3.000 arbeitsplaetze sein.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob der vertrag mit der stadt wien ungueltig waere, falls die zahl der arbeitsplaetze nicht eingehalten wird, betonte mayr, er sei ueberzeugt, dass die 3.000 arbeitsplaetze gesichert sind. von der firma philips profitieren ausserdem zahlreiche nebegewerbe wie beispielsweise der aluminiumgussbetrieb, der bereits jetzt einen deutlichen aufschwung verzeichnet.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. d a l l e r (oevp) nach verbesserung der bittensituation im floridsdorfer krankenhaus antwortete stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe), dass bereits massnahmen getroffen seien, die organisation

der betten im floridsdorfer krankenhaus zu verbessern. auf die erste zusatzfrage, ob stacher bekannt sei, dass patienten tagelang auf dem gang liegen, antwortete stacher, dass er die bettzentrale ersucht habe, derartige engpaesse in einem spital auszugleichen. waehrend im floridsdorfer krankenhaus gestern 19 notbetten aufgestellt wurden, standen in den uebrigen spitaelern wiens 50 medizinische betten leer. auf die zweite zusatzfrage nach der verspaeteten planung des sozialmedizinischen zentrums ost antwortete stacher, dass bereits im zielplan 1975 der bau des smz-ost feststand, aber infolge starken personalmangels ein krankenhaus zu einem frueheren zeitpunkt gar nicht in betrieb gehen konnte. es wurden daher zuerst die pflegeschule und ein personalwohnheim und ein pflegeheim errichtet. planungen fuer das krankenhaus zu einem frueheren zeitpunkt waeren nicht sinnvoll gewesen, da sich medizinische erkenntnisse in kurzen abstaenden weiter entwickeln und unnoetige umplanungen vermieden werden sollen. (ba) (forts.)

1045

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

7 wien, 29.4. (rk) auf die dritte anfrage von gr. dkfm. sigrun schlick (oevp) an den amtsfuehrenden stadtrat fuer gesundheit und soziales, univ.-prof. dr. stacher, wer die organisations- und raumstrukturplanung sowie die betriebs- beziehungsweise betriebsorganisationsplanung fuer das smz-ost durchfuehre, sagte stacher, das raum- und funktionsprogramm wurde von einer projektgruppe aus beamten der ma 17 erstellt. diese projektgruppe sei nach genehmigung des programms weiter bestellt worden. auf die erste zusatzfrage nach der hoehe der aufwendungen fuer die planung antwortete stacher, diese betrage eine halbe million s. auf die zweite zusatzfrage, wieso das akh bei zweieinhalbfachem betten-

./.

volumen ungleich hoehere aufwendungen fuer das raum- und funktionsprogramm benoetigt habe und ob hier nicht eine verschwendung von steuergeldern vorliege, sagte stacher, er weise den vorwurf der verschwendung zurueck, die beiden bauten seien nicht vergleichbar. die planung des akh sei ungleich komplizierter, da es ein zentral-krankenhaus mit allen modernen medizinischen einrichtungen werde. zusaetzlich wuerden beim akh als teil der universitaet forschung und lehre betrieben.

auf die v i e r t e ebenfalls an stacher gerichtete anfrage von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), ob der ehemalige bereichsleiter dkfm. dr. siegfried wilfling befugt gewesen sei, bei der anbotsbesprechung vom 13.3.1978 namens der wiener spitalsverwaltung eine praefferenz fuer das anbot der arbeitgemeinschaft betriebsorganisationsplanung (abo) zu deponieren, sagte stacher, dies sei keine anbotsbesprechung gewesen, wilfling habe in dieser besprechung lediglich den standpunkt der spitalsverwaltung dargelegt. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e , wie es zu erklaren sei, dass wilfling, der ja namens der odelga selbst anbotsteller war, an dieser besprechung teilnahm, sagte stacher, dass wilfling ab 9.1.1978 bereichsleiter und nicht mehr bei der odelga angestellt war. auf die z w e i t e z u - s a t z f r a g e , ob wilflings ausscheiden als betriebsleiter mit dem von dkfm. rumpold (oekodata) bei kontrollamtsdirektor delabro erhobenen vorwurf in zusammenhang stehe, wilfling habe fuer eine positive bewertung des anbots der abo zweieinhalb millionen s verlangt, sagte stacher, dies sei nicht der fall, da wilfling schon vorher ausgeschieden ist. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

8 wien, 29.4. (rk) auf die f u e n f t e a n f r a g e von gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), von wem die betriebsorganisationsplanung fuer das sozialmedizinische zentrum ost erstellt wurde, verwies stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) auf seine antwort an frau gr. dkfm. sigrun s c h l i c k und nannte eine reihe von personen namentlich, die daran mitgewirkt haben. pawkowicz stellte eine z u s a t z f r a g e , welche absicht damit verbunden gewesen sei, dass bei einer einladung zur anbotslegung vor einem jahr eine frist von nur 14 tagen eingeraeumt wurde. stacher antwortete, dass mit dieser einladung zur anbotslegung klargestellt werden sollte, ob es firmen gibt, die die planung besser und kostenguenstiger machen koennen als die selbst dafuer verfuegbaren leute. pawkowicz stellte die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob es sich dabei nicht um eine ''schein-anbotseinholung'' gehandelt habe. stacher antwortete, er wisse nicht, was pawkowicz darunter verstehe. alle angebote haetten gegenueber den eigenen leuten mehrkosten bedeutet.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp), wie derzeit die ueberpruefung neuer technisch-medizinischer geraete fuer die wiener krankenanstalten erfolgt, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r , dass solche geraete in der staatlich autorisierten physikalisch-technischen pruefanstalt fuer radiologie und elektromedizin nach den geltenden vorschriften ueberprueft werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob ihm bekannt sei, dass fuer diese aufgabe nur ein minimum an personal zur verfuegung stehe, antwortete stacher, dass ihm diese problematik bekannt sei. die rapide entwicklung auf dem gebiet der medizintechnik erfordert einen pruefungstechnisch und zeitlich immer groesseren aufwand. fuer die pruefanstalt, referat elektromedizin, wurden deshalb neue raeumlichkeiten geschaffen. es wurden auch mehr dienstposten systemisiert,

doch besteht die schwierigkeit, dafuer personal mit der erforderlichen qualifikation zu bekommen. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob ihm bekannt sei, dass geraete oft ein halbes jahr in der pruefanstalt stehen und nicht zeitgerecht eingesetzt werden koennen, antwortete stacher, dass ihm auch dieses problem bekannt sei. deshalb wurde ja auch der auftrag erteilt, nicht nur neue raeumlichkeiten, sondern auch zusaetzliche dienstposten vorzusehen. um dieser situation rechnung zu tragen, soll ausserdem geprueft werden, ob tatsaechlich alle geraete einer einzelueberpruefung unterworfen werden muessen. (ger)

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. e m e r l i n g (spoe), wie das system der hausinspektoren im 21. und 22. bezirk geaendert werden soll, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass in der bezirksvorsteherung eine zentrale hausinspektorenkanzlei errichtet wird. die inspektoren werden als mobiles team unterwegs sein. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob die bevoelkerung dadurch nicht mehr wegzeit in kauf nehmen muss, antwortete stadtrat hatzl, dass man weiterhin die moeglichkeit hat, in den bisherigen kanzleien wuensche zu deponieren. der groesste vorteil der neuregelung liegt in einer fixen und staendig gesicherten vorsprechzeit. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob man eine staendige vorsprechzeit auch nicht durch aufnahme von kanzleikraefte in den bisherigen kanzleien haette erreichen koennen, antwortete der stadtrat, dass auch die wohnhaeuserverwaltung nach den grundsuetzen der sparsamkeit arbeiten muss. die neue regelung ist ein versuch und man wird, falls dies erforderlich ist, aenderungen durchfuehren.

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. k n e i s t e r (spoe), ob die im bereich der wohnsiedlung schmelz kolportierten behauptungen ueber einen ab 1. jaenner 1980 geltenden extrem hohen grundzins stimmen, antwortete stadtrat h a t z l (spoe), dass in dieser siedlung um einen gesamtbetrag von mehr als 30 millionen umfangreiche sanierungsarbeiten durchgefuehrt werden. der grundzins wird auf acht schilling angehoben. auf die z u s a t z f r a g e , ob diese 8 schilling ein tatsaechlich ermittelter betrag sind, antwortete stadtrat hatzl, dass es sich um keinen rechnerisch ermittelten betrag handelt. die ueber diesem betrag liegenden kosten bezahlt die gemeinde fuer die mieter. (sei) (forts.)

29. april 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1178

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (schluss)

10 wien, 29.4. (rk) die neunte anfrage von gr. s c h u l t z (spoe) was im zusammenhang mit presseberichten uber feuchtigkeitsprobleme und schimmelbildung in wohnungen unternommen wird, beantwortete str. h a t z l (spoe): an der loesung der problematik, die nicht nur staedtische wohnungen betrifft, wird bereits gearbeitet. grundsaeztlich geht es darum, bereits entstandene schaeden zu beheben und kuenftig derartige schaeden zu vermeiden. zur behandlung von mieterbeschwerden wurden fuenf mobile teams eingesetzt. ueber eine eigene telefonnummer bei der ma 27 koennen mieter anrufen, eine eigene schadenskartei wird angelegt. es soll aber auch die information der mieter ueber guenstiges wohnverhalten verstaerkt werden. e r s t e z u s a t z f r a g e : welches ausmass haben derartige schaeden bei anderen als gemeindewohnungen? a n t w o r t : von der gleichen problematik sind ausser gemeindewohnungen auch eigentumswohnungen und genossenschaftswohnungen betroffen. z w e i t e z u s a t z f r a g e : was wird unternommen, um in hinkunft derartige schaeden zu vermeiden? a n t w o r t : es wird mit den architekten beraten, wie bei konstruktion und planung darauf bedacht genommen werden kann. auch die moeglichkeit der verstaerkten waermedaemmung in exponierten wohnhauslagen wird zu pruefen sein. es wird auch erwogen, fuer neue wohnungen in den ersten zwei jahren die heizkosten pauschalieret zu verrechnen.

ueberdies soll die dimensionierung der heizkoerper nochmals ueberprueft werden. schliesslich werden baufirmen und baustoffindustrie speziell noch mit der problematik konfrontiert, um loesungen zu finden.

die z e h n t e a n f r a g e von gr. gabrielle t r a x l e r (spoe), wie sich der neue eckzinsfuss auf die mieten der kommunalen wohnungen auswirken wird, beantwortete

./.

29. april 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1179

ebenfalls str. h a t z l (spoe): der geaenderte eckzinsfuss wird zu monatlichen mehrbelastungen fuehren, weil der bau der wohnungen mit krediten gefoerdert wurde. e r s t e z u s a t z - f r a g e : wie hoch wird die mehrbelastung pro quadratmeter monatlich sein? a n t w o r t : das wurde noch nicht genau berechnet, doch sind mehrbelastungen von etwa 3.40 s bis 4.30 s monatlich pro quadratmeter zu erwarten. bei genossenschaftlichen be- traegt die mehrbelastung zwischen 3.80 bis 4.50 s. z w e i t e z u s a t z f r a g e : wird es auch auswirkungen bei paragraph 7-darlehen geben? a n t w o r t : generell wird es auswirkungen geben, wo kredite fuer paragraph 7-instandsetzungen gebraucht werden. es ist mit einer steigerung von 1 s pro monat und quadratmeter zu rechnen. fuer kommunalwohnungen gilt das aber nur dort, wo die 8 s- beziehungsweise 10 s-grenze nicht erreicht wird. mit dem kreditapparat, der die eckzinsfussaenderung vorgenommen hat, sind gepsraeche beabsichtigt, dass sich in hinkunft kreditver- teuerungen langfristig bei wohnungen nicht auswirken sollen.

auf die e l f t e a n f r a g e von gr. friederike s e i d l (spoe), wie die koordiantion der bauarbeiten in der reinprechtsdorfer strasse erfolgt, beantwortete str. n i t t e l (spoe): nach einer wirtschaftlichkeitspruefung wurde im vorjahr die gesamte erneuerung samt errichtung von zwei lichtsignalanlagen beschlossen. im juni 1979 fand die erste bauverhandlung statt, der bauzeitplan wurde in drei abschnitten festgelegt. anrainer und gewerbebetriebe wurden darueber informiert. der erste bauabschnitt begann im august und wurde im november 1979 beendet. im maerz dieses jahres begann der zweite abschnitt, der mit umfangreichen umleitungen, auch fuer die autobuslinien 14 a und 61 a verbunden ist. z u s a t z f r a g e : wann wird der strassenumbau zur gaenze beendet sein? a n t w o r t : die jetzige zweite etappe wird etwa in vier monaten abgeschlossen sein. der letzte bauabschnitt wird im august beginnen und bis jahresende fertig sein. (smo) (forts.)

29. april 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1180

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

anfragen und antraege

11 wien, 29.4. (rk)

an anfragen lagen vor: drei von der oevp und eine von der fpoe, ausserdem eine dringliche anfrage der oevp betreffend den neubau des allgemeinen krankenhauses.

die oevp stellte vier antraege ueber die mitwirkung der bezirke bei der budgeterstellung, ueber die schaffung einer aktion ''wiener lehrplatzfoerderung'', ueber die einberufung einer sicherheitskonferenz fuer wien und ueber die einfuehrung von abend-sprechstunden der bezirksvorsteher in allen wiener bezirken. von der spoe lag ein antrag ueber das ergebnis der volksbefragung zu den sperrfriedhoefen vor. der 1. bezirk beantragte die einbeziehung des city-busses in den tarifverbund, der 12. bezirk die aufhebung der beschluesse von sperrfriedhoefen und der 14. bezirk, die errichtung eines kombinierten frei- und hallenbades sowie die sanierung der hohe wand-strasse.

die anfragen und antraege wurden zugewiesen. die dringliche anfrage wird nach ende der tagesordnung verhandelt.

verkehrskonzeption

das oberste ziel der verkehrskonzeption ist es, alle verkehrsbefuerfnisse der menschen so zu erfuellen, dass dadurch die lebensqualitaet verbessert werden kann. man duerfe den verkehr nicht immer nur verteufeln, sondern muesse auch die positiven einfluesse des verkehrs auf das menschliche leben betrachten, dies stellte stadtrat univ.-prof. dr. rudolf w u r z e r (spoe) bei der vorlage der verkehrskonzeption fuer wien fest. erstmals wurde eine verkehrskonzeption erstellt, die sich dem ziel der stadtentwicklung unterordnet. der verkehr wurde global

./.

zur diskussion gestellt und nicht wie frueher unabhaengig von bevoelkerungs- und wirtschaftsentwicklungen sektoral betrachtet. die koordinierung zwischen stadtentwicklung und verkehrsentwicklung sei deswegen so notwendig, weil der verkehr eine entscheidende staedtische funktion hat, die sich auf die siedlungsstruktur, auf die wirtschaft und auf die umwelt auswirkt.

die verkehrskonzeption ist in vier teile gegliedert. der erste teil enthaelt eine bestandsaufnahme von verkehrsproblemen sowie entwicklungsproblemen und ziele. der zweite teil ein massnahmenbuendel und prioritaaeten, die kurz und mittelfristig zu erfuellen sind. der dritte teil stellt eine dokumentation der diskussionen um die verkehrskonzeption dar. der vierte und letzte teil beinhaltet die gutachten der konsulenten.

nicht in der verkehrskonzeption enthalten sind der bau der guertelautobahn, der bau einer autobahn durch die lobau und durch den stadtpark, der ausbau der b 222 durch hietzing oder die weiterfuehrung der fuenften donaubruecke. derartige planungen existieren nur in manchen medien, nicht aber in der verkehrskonzeption, betonte stadtrat wurzer. auf der grundlage der verkehrskonzeption ist es moeglich, kurzfristige bezirksverkehrskonzepte zu erstellen, wie dies in favoriten auch bereits geschehen ist.

viele wichtige institutionen haben bereits ihre zustimmung zur verkehrskonzeption gegeben, beispielsweise der oeamt oder der oesterreichische ingenieur- und architektenverein, der sich dafuer aussprach, das massnahmenbuendel der verkehrskonzeption in seiner gesamtheit zu beschliessen. die verkehrskonzeption gaantiere vor allem kontinuitaet und sei ein geeignetes istrument fuer eine zielgerichtete, verantwortungsvolle und vorausschauende politik, sagte wurzer. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

verkehrskonzept (forts.)

12 wien, 29.4. (rk)

gemeinderat dipl.ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe)
erklarte sich im wesentlichen teilen mit dem verkehrskonzept ein-
verstanden, wies aber auch nach seiner ansicht nach auf bestehende
maengel hin. so vermisse er die entsprechende konsequenz aus der
im teil a des konzepts formulierten forderung der einbeziehung
des umlandes in die verkehrsplanung bezueglich der schliessung
des autobahnringes um wien im norden. man habe vielmehr im teil b
des konzepts der beseitigung von engpaessen im stadtgebiet die
prioritaet eingeraeumt. der ausbau dieser verkehrswege waere aber
moeglicherweise gar nicht noetig, wenn man den tangentialen verkehr
ausserhalb des stadtgebietes ausbauen wuerde. die schliessung des
autobahnringes im norden wuerde also eine wesentliche entlastung
bringen, die auch den guertel und die geplante floetzersteigstrasse
betreffen wuerde. pawkowicz stellte den z u s a t z a n t r a g ,
den aussenring im norden wiens zu ergaenzen und die trassenfuehrung
a 1 tullnerfeld - donaubruecke - stockerauer autobahn in das
verkehrskonzept aufzunehmen. im bezug auf die einbeziehung des
umlandes in die verkehrskonzeption bemaengelte pawkowicz auch, dass
die seit 1974 dauernden vorarbeiten zum verkehrsverbund noch keine
konkreten auswirkungen gezeigt haetten.

weilers stellte pawkowicz fest, er vermisse die staerkere
einbindung von umweltfragen in die verkehrsplanung. jedes projekt
muesse auf seine umweltvertraeglichkeit geprueft werden.

zu punkt b des konzepts sagte pawkowicz auch, er stimme den
massnahmen fuer den stadtverkehr weitgehend zu. allerdings gebe
es auch hier fragen, wo er dem konzept nicht zustimmen koenne. so
entspreche der bau der u 3 zum geplanten zeitpunkt nicht den
kosten- und wirksamkeitsanalysen. hier seien andere schwerpunkte
noetig:

verlaengerung der u 4 bis auhof-maria brunn mit park and ride-system
verlaengerung der u 1 ueber die siedlungsgebiete rennbahnweg- gross-
feldsiedlung bis s-bahn leopoldau

in einem zusatzantrag verlangte pawkowicz, dass geprueft werden solle, ob diesen vorhaben nicht vor der u 3 prioritaet einzuraeumen sei. weiters sagte pawkowicz, die u 6 solle bis zur traisengasse mit einer umsteigstelle zur s-bahn verlaengert werden. bezueglich der vorortelinie stellte der redner fest, dass eine einbindung zumindest in die westbahn notwendig sei, um eine effizienz zu gewaehrleisten.

generell sage pawkowicz, die fpoe begruesse das verkehrskonzept, und stimme ihm mit ausnahme des punktes, der die konkreten massnahmen betreffe, zu. (gab) (forts.)

1308

wiener gemeinderat (7):

verkehrskonzept (forts.)

13 wien, 29.4. (rk) die oevp hat stets auf die notwendigkeit eines verkehrskonzeptes hingewiesen, erklarte gr. dr. m a y r (oevp). es ist klar, dass ein solches konzept nicht allen verkehrsteilnehmern freude machen kann. die bestandsaufnahme zeigt die probleme offen und schonungslos auf. viel geld und fleiss steckt in dieser arbeit, in die nun eine politische phase eingeschoben wurde: zeit- und kostenplaene fehlen, es gibt zahlreiche vage formulierungen und verschleierte andeutungen. eines der wesentlichsten probleme betrifft zum beispiel den ruhenden verkehr. wie die foerderung und forcierung des garagenbaus vor sich gehen sollen, wird aber nicht klar. es werden vage andeutungen gemacht, dass man fuer die inanspruchnahme von oeffentlichem grund fuer parkzwecke zahlen soll. ein "ja" zu so einer formulierung waere jedoch ein freibrief fuer alle moeglichen massnahmen. dies ist das kernproblem des teiles b der verkehrskonzeption: eine problematik wird richtig dargestellt, die loesung aber bloss vage umschrieben. in der parkraumfrage haette man verschiedene finanzierungsvarianten ausarbeiten und zur diskussion stellen muessen.

./.

grundsätzlich ähnliches gilt fuer die frage der beschleunigung des oeffentlichen verkehrs. der vorrang fuer die oeffentlichen verkehrsmittel ist unbestritten, es fehlt aber die angabe, welche linien beschleunigt werden sollen und in welcher prioritäet.

diese und andere beispiele zeigen, sagte mayr, dass ein "ja" zum teil b ein freibrief fuer alle massnahmen waere, die nur auf vage formulierungen gestuetzt sind. das verkehrskonzept enthaelt aber durchaus auch richtige aussagen. mayr brachte in diesem zusammenhang folgenden **a b a e n d e r u n g s a n t r a g** ein:

1. die im teil a der verkehrskonzeption fuer wien formulierten ziele fuer die zukuenftige verkehrsentwicklung in wien werden zustimmend zur kenntnis genommen. es sind dabei die begriffe "steuerung beziehungsweise beschraenkung der verkehrsmittelwahl" sowie "abgeltung der ueber den gemeingebrauch hinausgehenden nutzung oeffentlicher flaechen fuer das staendige abstellen privater fahrzeuge" durch eine genaue begriffsbestimmung und formulierung des angestrebten zieles in den zustaeendigen gemeinderatsausschuessen genau zu determinieren.
2. der magistrat wird beauftragt, alle notwendigen vorkehrungen zur verwirklichung von konkreten vorschlaegen im sinne der oben angefuehrten zielsetzungen mit angabe genauer zeit- und kostenplaene nach abstimmung mit den zustaeendigen bezirksvertretungen und der bezirksbevoelkerung zu treffen und dem gemeinderat jeweils im einzelfall zur beschlussfassung vorzulegen.
3. fuer alle massnahmenbereiche sind kurz- und mittelfristige durchfuehrungsprogramme sowie entsprechende finanzprogramme zu entwickeln und in den vorschlaegen beziehungsweise im mittelfristigen finanz- und investitionsplan zu beruecksichtigen. wichtige derartige massnahmenbereiche sind zum beispiel:
 - a) beschleunigungsprogramme
 - b) ausbauprogramm des uebergeordneten oeffentlichen verkehrs einschliesslich park- and ride-anlagen
 - c) ausbauprogramm des hochrangigen strassennetzes
 - d) sanierungsprogramm fuer bestehende strassen
 - e) ausbauprogramme fuer den ruhenden verkehr
 - f) massnahmen zur erhoehnten sicherheit der fussgaenger
 - g) programme fuer die verkehrsberuhigung in wohngebieten
 - h) radwegeprogramme

jede einzelne dieser massnahmen ist vor durchfuehrung unter angabe genauer zeit- und kostenplaene nach abstimmung mit den zustaendigen bezirksvertretungen und der bezirksbevoelkerung dem gemeinderat jeweils zur beschlussfassung vorzulegen.

4. die vorgeschlagenen laengerfristigen leitbilder und massnahmenbereiche sind soweit zu bearbeiten und abzusichern, dass die realisierung nicht erschwert oder unmoeglich gemacht wird.
5. die verkehrskonzeption und die aus ihr abgeleiteten programme sind fortzuschreiben. diese fortschreibung muss jedenfalls aenderungen der stadtentwicklungs- und verkehrspolitischen voraussetzungen und ziele, zwischenzeitliche planungs- und realisierungsmassnahmen sowie alle sonstigen wesentlichen aenderungen beruecksichtigen. ueber diese fortschreibung ist in angemessenen abstaenden dem gemeinderat ein bericht vorzulegen.

ausserdem brachte mayr zwei b e s c h l u s s - u n d r e s o l u t i o n s a n t r a e g e ein: im ersten wird der finanzstadtrat aufgefordert, zur finanzierung der vorgeschlagenen kurz- und mittelfristigen massnahmen stellung zu nehmen. der zweite antrag verlangt die erstellung von prioritaaetenreihungen zur verwirklichung der verschiedenen kurzfristigen massnahmen (so im bereich des oeffentlichen verkehrs, des ruhenden verkehrs, des individualverkehrs, des wirtschaftsverkehrs, des fussgaenger- und radfahrerverkehrs). fuer jedes einzelne projekt sind genaue zeit- und kostenplaene zu erstellen. mayr wies darauf hin, dass auch der nutzung der infrastruktur eine grosse bedeutung im zusammenhang mit verkehrsproblemen zukomme.

unbedingt notwendig sei es, die kosten fuer die vorgeschlagenen massnahmen mit dem freien investitionsspielraum zu vergleichen und praezise zeitliche prioritaaeten zu erstellen, sonst bleibt das ganze verkehrskonzept nur ein stueck papier. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

verkehrskonzept (forts.)

14 wien, 29.4. (rk)

als historischen beschluss bezeichnete gr. r o s e n-
b e r g e r (spoe) die vorliegende verkehrskonzeption fuer wien.
sie ist signal und rahmen fuer die entwicklung in der region. mit
ihr wird ein teil der stadtentwicklungsplanung verwirklicht.

man wird nun darangehen koennen, im sinne der verkehrskon-
zeption konkrete vorhaben zu realisieren. es werden kurz- und
mittelfristige programme und deren finanzierung entwickelt werden,
und die opposition wird die moeglichkeit haben, an einzelnen pro-
jekten mitzuarbeiten. leider waehlt die oevp heute die billigste
form der auseinandersetzung - die ablehnung - obwohl man der
verkehrskonzeption kein eigenes programm entgegenstellen kann und
obwohl man in den grundsuetzlichen aussagen zu einem grossen teil
mit der verkehrskonzeption uebereinstimmt. offensichtlich wurden
die oevp-mandatare gezwungen, aus politischen gruenden nicht zuzu-
stimmen. der oevp-redner dr. mayr erwies sich als wahrer "wiener
meister des eiertanzens", als er den standpunkt seiner fraktion
vertrat.

die spoe spricht sich eindeutig fuer die verkehrskonzeption
aus, weil durch sie menschenwuerdige loesungen in wien moeglich
werden. (sei) (forts.)

1318

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

verkehrskonzeption (forts.)

15 wien, 29.4. (rk)

vor allem mit den massnahmen fuer den individualverkehr beschaeftigte sich gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) und stellte fest, dass die jahrelange kritische diskussion in der oeffentlichkeit offenbar erfolgreich war: ehemals vorgesehene stadtautobahnen, die eine perfekte zerstueckelung der stadt gebracht haetten, sind nicht mehr im verkehrskonzept enthalten. durch novellierung sollte man daher diese schaedlichen trassen aus dem bundes-strassengesetz herausnehmen, vor allem waere es auch an der zeit, die entsprechenden aenderungen in den flaechenwidmungsplaenen vorzunehmen, um eine sicherheit herbeizufuehren. dr. hirnshall legte einen diesbezuglichen r e s o l u t i o n s a n t r a g vor.

im konzept sind aber noch immer einzelne relikte der einstigen verfehlten vorstellungen enthalten. die fpoe koenne daher dem punkt 2 des antrags nicht zustimmen, weil sie sonst eine blankovollmacht fuer die verwirklichung von projekten geben wuerde, die sie nicht befuerworten kann. so sind beispielsweise noch immer vorstellungen zu entdecken, laengerfristig die west- und sued-autobahn bis an den guertel heranzufuehren.

dr. hirnshall begruesste die ansaetze fuer einen nord-ring, kritisierte hingegen die a 21, die a 3, fuer die es einfach keinen bedarf gibt, und eine voellig unverstaendliche parallelfuehrung von autobahn und bundesstrassen zwischen simmeringer heide und kaiser ebersdorf. auch die umstrittene verbindung zwischen west-autobahn und sued-autobahn, die b 222, wurde noch nicht aufgegeben. diese strasse die den durchzugsverkehr durch wohngebiete leiten wuerde, ist auf keinen fall notwendig, weil der autobahnring ueber alland als optimale verbindung bald fertig sein wird.

was die brigittenauer bruecke betrifft, sind die anschliessenden autobahnstuecke aufgegeben worden. der handelskai soll offensichtlich eine verteilfunktion uebernehmen. hier scheint aber nicht vorausgesehen worden zu sein, dass sich entlang des handelskais ein wohngebiet entwickelt hat. so kam es zu einer forderung des 2. bezirks, den handelskai zu ueberdecken, was jedoch offenbar aus kostengruenden abgelehnt wurde.

beim bau von stelzenstrassen hat man sich offenbar noch keine gedanken ueber die begleiterscheinung der devastierung unterhalb und entlang von hochstrassen gemacht zu haben. staub, schutt- und geruempelablagerungen nehmen ueber hand. zur laermbelaestigung haben die bewohner entlang solcher strassen noch die staubbe- laestigung. in einem a n t r a g , den gr. dr. hirnschall ein- brachte, wird daher die sanierung solcher stellen verlangt.

sehr zu begruessen sind die massnahmen fuer den fussgaenger- und den radfahrerverkehr. wien hat betreffend radwege einen starken nachholbedarf. radfahrwege am ring sollten nicht erst in einer zweiten ausbaustufe sondern schon frueher verwirklicht werden. um den abwanderungstendenzen in manchen bezirken aus mangel an autostellplaetzen zu begegnen, sollte man die foederungs- massnahmen fuer den garagenbau aendern: es sollten garagen gefoerdert werden, die einen bestimmten prozentsatz der stellplaetze der wohnbevoelkerung zu besonderen konditionen zur verfuegung stellen. zusammenfassend: das konzept entspricht in weiten bereich den vorstellungen der fpoe. der punkt 2 koenne jedoch die fpoe aus den genannten gruenden nicht zustimmen. dr. hirnschall b e a n - t r a g t e daher formell eine abstimmung der einzelnen punkte des antrags. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

verkehrskonzeption (forts.)

16 wien, 29.4. (rk) gr. dkfm. a m m a n n (oevp) stellte fest, dass seine fraktion der verkehrskonzeption nicht zustimmen wird, da sie einerseits zu wenig konkret sei, auf der anderen seite zu viel einzelheiten beinhalte, die unterschiedlich ausgelegt werden koennen. der erste teil sei eine hervorragende grundlage. in der politischen umsetzung des zweiten teiles ergeben sich jedoch zu grosse interpretationsspielraeume. ammann kritisier- te das fehlen eines zeit-kosten-planes, die unuebersichtlichkeit der einzelnen abbildungen, sowie teils widerspruechliche inhalte. zahlreiche hauptverkehrsstrassen wurden sowohl in der dringlich- keitsreihung zur beschleunigung des oeffentlichen nahverkehrs, als auch im ausbau fuer den individualverkehr genannt. ausserdem gibt es verschiedene ausgaben der verkehrskonzeption, die inhaltlich nicht ident sind. weiters bemaengelte ammann die unklaren aussagen ueber die weiterfuehrung der "u 6", ueber das park- and ride- system und ueber die einbindung der vorortelinie in die s-bahn. in vielen bereichen sei die verkehrskonzeption nicht handhabbar. zahlreiche wertvolle anregungen von frueheren verkehrsplanern wurden nicht aufgenommen, ausserdem gibt es keine expertisen und keine bezirkswuensche. die oevp stellte folgende antraege:

- o es sei umgehend ein beschleunigungsprogramm fuer den oeffentlichen verkehr auszuarbeiten, worin einzelne massnahmen nach prioritaaeten gereiht sowie genaue zeit- und finanzierungsplaene enthalten sein sollen.
- o die vorortelinie soll moeglichst rasch fuer den personenverkehr ausgebaut werden, wobei drei sogenannte s-bahn-ringe zu schaffen sind. (ba)

./.

gr. brosch (spoe) sagte, die relation zwischen individualverkehr und oeffentlichem verkehr sei zur zeit unguenstig. die im verkehrskonzept vorgeschlagenen massnahmen wuerden dazu beitragen, diese relation zugunsten des oeffentlichen verkehrs zu verbessern. wenn hingegen gr. ammann sage, es muesse jedem wiener moeglich sein, mit jedem verkehrsmittel, also auch dem auto, ueberall hinzukommen, so sei er der ansicht, dass dies nicht in jedem fall moeglich sein werde. das verkehrskonzept sei auch als ein-griff in das soziale gefuege der stadt zu sehen. wien habe die auf-gabe, auch jenen menschen ein ausreichendes verkehrsangebot zur verfuegung zu stellen, die ueber kein eigenes fahrzeug verfuegen. die oevp plaediere zwar immer fuer eine beschleunigung des oeffent-lichen verkehrs, versage jedoch bei konkreten massnahmen, wie bei der beschleunigung der linie "49" im siebenten bezirk die zu-stimmung.

auf die aussage von gr. ammann, die oevp koenne dem konzept nicht zustimmen, da es zuwenig konkrete details enthalte, sagte gr. brosch, die einzelmassnahmen wuerden zeitgerecht zur ab-stimmung vorgelegt werden. die oevp verlange nach einem konzept, wenn es einzelmassnahmen zu beschliessen gebe und nach einzel-massnahmen bei der vorlage eines konzepts. brosch bezeichnete das verkehrskonzept als zukunftsweisende planung, die sowohl auf die bevoelkerungsstruktur wie auch auf kommende technologien ruecksicht nehme. er sprach den dank an die mitarbeiter des konzepts aus und meinte abschliessend, ein "ja" zu diesem konzept waere ein plus fuer wien. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

verkehrskonzeption (forts.)

18 wien, 29.4. (rk) ganz sicher ist sich die spoe mit diesem konzept nicht, sonst wuerde sie mit begeisterung allein die verantwortung tragen, sagte gr. a r t h o l d (oepv). ein ''ja'' zum verkehrskonzept waere ein uneingeschraenktes ''ja'' zu massnahmen, die wir noch gar nicht kennen. es waere beispielsweise eine zustimmung zu einem unueberlegten stadtautobahnbau, die Autofahrer wuerden beliebigen finanziellen belastungen ausgeliefert. ein ''ja'' zu diesem konzept waere gegen die interessen vieler wiener. es hat bestimmt nicht die breiteste basis der bevoelkerung hinter sich. die bevoelkerung wurde kaum damit befasst. es wurde nicht einmal in allen bezirksvertretungen voll diskutiert.

das von der bezirksvertretung des 10. bezirkes beschlossene bezirksverkehrskonzept findet keinen niederschlag im verkehrskonzept. so wurde beispielsweise die verlaengerung der u 1 nach sueden nicht im sinne des bezirkskonzeptes beruecksichtigt. ist das verkehrskonzept fuer die einzelnen bezirke nun bindend oder nicht, fragte arthold. beim strassennetz muss es prioritaelen geben. projekte wie die a 5 oder die a 20 sind fuer die oepv nicht akzeptabel. wirkungs- und kostenanalysen sind notwendig. die frage des umweltschutzes ist im konzept nur wenig beruecksichtigt. der verkehr soll gebuendelt werden - was geschieht aber in den strassen, in denen diese buendelung erfolgt, fuer den umweltschutz (fragez.)

wichtig ist auch die frage der situierung von verkehrserregern. arthold kritisierte, dass zum beispiel eine berufsschule im 7. bezirk situiert wird. grosse sportanlagen wie das hallenstadion sind mit oeffentlichen verkehrsmitteln schlecht erreichbar. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

verkehrskonzeption (forts.)

19 wien, 29.4. (rk) die oevp distanziert sich dann, wenn konkrete massnahmen gesetzt werden sollen, erklarte gr. s c h u l t z (spoe). das beste beispiel dafuer ist die a 24. der flaechenwidmungsplan wurde bereits 1972 beschlossen. in den jahren danach wurde ausfuehrlich ueber die a 24 diskutiert. in der bezirksvertretung des 22. bezirks gab es einen gemeinsamen vierpartei-antrag. erst als sich zu einem spaeteren zeitpunkt teile von betroffenen gegen die a 24 aussprachen, verliess die oevp den bisherigen gemeinsamen weg. das ist keine verantwortungsvolle politik im interesse der allgemeinheit.

strassen koennen nicht im luftleeren raum gebaut werden und es wird immer fuer einige menschen beeintraechtigungen geben. durch umweltschutzmassnahmen werden diese aber moeglichst gering gehalten. ein beispiel dafuer ist die a 22, die zum teil ueberdacht wird. (sei)

zu einzelnen punkten der verkehrskonzeption, zum strassenbau, zum stellplatzbedarf, zu verkehrsorganisationen, zum wirtschaftsverkehr und zu abstellplaetzen fuer lastkraftwagen nahm stadtrat n e u s s e r (oevp) stellung.

die grossprojekte in wien verschlingen 38 prozent der investitionsmittel, so dass anderes wichtiges, wie beispielsweise die sanierung von strassen zurueckstehen muss. nirgends gaebe es so schlechte strassen wie in wien, sagte neusser. das verkehrskonzept von 1970 sei schubladiert worden, ohne dass die damals als dringlich vorgesehenen massnahmen realisiert wurden. die beiden donaukanalbruecken, die wesentlich zur entflechtung des verkehrs in der inneren stadt beitragen koennten, werden noch immer nicht gebaut.

./.

nach der vorliegenden verkehrskonzeption gibt es kein miteinander, sondern ein gegeneinander der verschiedenen verkehrsarten. eine der vordringlichsten massnahmen sei der bau von garagen. stadtrat neusser beantragte die bezirkswise erstellung eines garagenkonzeptes zur errichtung von volksgaragen, vor allem im dichtverbautem stadtgebiet.

die verkehrsorganisationen im teil b der verkehrskonzeption seien auch von den experten stark umstritten. generell sollte es eine "gruene welle" geben. waehrend der nachtstunden soll der staerkere verkehrsstrom durch laengere gruenphasen bevorzugt werden. schleifenbildungen wie in der inneren stadt sollten nicht auf andere bezirke ausgedehnt werden, da sie eine erhebliche stoerung des wirtschaftsverkehrs bedeuten. fuer lkws soll es autohoefe geben. diese muessten jedoch guenstiger situiert sein, als der platz am auhof, da die meisten fahrer ins stadtzentrum gelangen moechten. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

verkehrskonzeption (schluss)

20 wien, 29.4. (rk) gr. o b l a s s e r (spoe) nahm zu fragen des individualverkehrs stellung. er sagte, die buendelung und gliederung des verkehrs sei noetig, um die wohngebiete zu entlasten. der bau leistungsfaehtiger hauptverkehrsstrassen trage zu dieser entlastung bei. unter diesem aspekt sei eine reihe von projekten wie die umfahrung der innenstadt mit der urania- und der rossauer bruecke, die a 24, die donauuferautobahn, die flughafenautobahn oder auch der floetzersteig zu sehen. projekte, die die oevp in ihren angriffen immer wieder anfuehrt, wie die a 5 ueber die alte donau und durch die brigittenau oder eine guertelautobahn sind im verkehrskonzept nicht enthalten.

zum ruhenden verkehr sagte oblasser, dass standorte fuer garagenbauten im verkehrsplan ebenso ausgewiesen sind wie fuer park and ride-plaetze. der tatsache folgend, dass der fahrradverkehr in wien vor allem eine freizeitfunktion hat, sieht der plan ein radwegenetz zunaechst fuer den donaubereich vor.

der oevp warf oblasser vor, aus parteitaktischen gruenden gegen das verkehrskonzept zustimmen. hier zeige sich eben die konservativitaet der oevp, wenn sie der spoe bei einem konzept nicht folgen wolle, mit dem die belange des verkehrs zugunsten der wiener bevoelkerung geaendert werden sollen. (gab)

gr. dipl. ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) erklarte in einer kurzen wortmeldung, dass der antrag der fpoe keine umweltfeindliche zerschneidung des wienerwaldes beabsichtige. es handle sich hoechstens um eine 'wienerwald-begleittrasse'. pawkowicz wandte sich dagegen, dass etwa der eindruck erweckt werde, dass hier eine umweltfeindliche massnahme gesetzt werden soll.

./.

stadtrat univ.prof. dr. w u r z e r (spoe) dankte in seinem schlusswort fuer die zahlreichen diskussionsbeitraege. er stellte fest, dass der teil b der verkehrskonzeption in einem noch nicht ganz fertigen exemplar mit korrekturen am 10. april als vorinformation an die mitglieder des planungs- und verkehrsausschusses ausgegeben wurde. dem antragsakt lag am 18. april die endgueltige fassung bei, die am 22.4. dann allen gemeinderaeten zuging. diese vorgangsweise lag im interesse einer raschen information der gemeinderaete und hat nichts mit widerspruechlichkeiten oder geheimniskraemerei zu tun.

von "schwammigen formulierungen" im verkehrskonzept kann nach meinung der experten, die daran mitgearbeitet haben, keine rede sein. es kann durchaus moeglich sein, dass in einer strasse massnahmen sowohl zugunsten des oeffentlichen verkehrs (eigener gleiskoerper) als auch zugunsten des individualverkehrs gesetzt werden.

die gutachten der experten liegen seit eineinhalb bis zwei jahren offen. auch das sogenannte lehner-gutachten wurde selbstverstaendlich eingearbeitet und beruecksichtigt.

die bevoelkerung wird selbstverstaendlich an der erstellung der bezirksverkehrskonzepte mitwirken koennen.

beueglichen des problems guertel wurden untersuchungen durchgefuehrt. es bestehen keine absichten ausser staedterneuerungs- und punktuellen massnahmen.

a b s t i m m u n g :

ueber die einzelnen punkte des antrages wurde getrennt abgestimmt.

punkt 1 (betr. teil a): angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe.

punkt 2 (betr. teil b): angenommen mit den stimmen der spoe.

punkt 3 (betr. erstellung kurz- und mittelfristiger programme):

angenommen mit den stimmen der spoe und fpoe.

punkt 4 (betr. bearbeitung laengerfristiger leitbilder): einstimmig angenommen.

punkt 5 (betr. fortschreibung der verkehrskonzeption): einstimmig angenommen.

./.

die beschluss- und resolutions-
antrage der oevp und der fpoe wurden jeweils einstimmig
zugewiesen. die abaenderungsantrage der
oevp und der fpoe wurden mit den stimmen der spoe abgelehnt. (ger)
forts.)

1748

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

u-bahn-bau

21 wien, 29.4. (rk) stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. dr. wurzer beantragte als berichterstatter, grundsätze fuer die zweite bauphase der u-bahn in wien ("u 3" und "u 6") zustimmend zur kenntnis zu nehmen.

gr. dipl.-ing. dr. pawkowicz (fpoe) erklarte, dass man rechtzeitig vorsorge treffen muesse, um die vorortelinie an die westbahn anzubinden. die grundsätzliche entscheidung ueber eine groesstmögliche wirtschaftliche bauweise ist zu begruessen. vor der inangriffnahme von neuen projekten, wie der "u 3" und der "u 6", sollte man jedoch pruefen, ob nicht eine verlaengerung bestehender linien sinnvoller waere. gr. pawkowicz stellte den z u s a t z a n t r a g, eine solche ueberpruefung fuer eine verlaengerung der "u 4" bis auhof und eine verlaengerung der "u 1" bis zur grossfeldsiedlung und zur bestehenden s-bahn-stammstrecke vorzunehmen.

gr. dr. mayr (oevp) begruesste den bau der "u 3" und der "u 6". allerdings ist die information ueber die planung zu duerftig. die trassierung der "u 3" im 7. und im 15. bezirk liegt noch im dunkeln. solche dunklen punkte gibt es auch bei der "u 6". der zuständige gemeinderatsausschuss sollte bald darueber informiert werden. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

u-bahn-bau (forts.)

23 wien, 29.4. (rk) den staatsvertrag vom 9. mai 1979 zwischen bund und wien, der die zweite ausbaustufe der wiener u-bahn mit den linien u 3 und u 6 bei einer kostenaufteilung von fuenfzig zu fuenfzig prozent sichert, bezeichnete gr. k o p f e n - s t e i n e r (spoe) als einmalig gutes resultat von verhandlungen zwischen bund-wien. nicht weniger als 27 milliarden schilling werden fuer den nahverkehr eingesetzt und wesentliche verbesserungen bringen, kuerzere fahrzeiten fuer die bevoelkerung und damit mehr freizeit.

die u 3 stellt einen ost-west-durchmesser der stadt von erdberg ueber den dritten bezirk, durch den ersten bezirk, ueber volkstheater zum westbahnhof und weiter zur vorortelinie dar. eine verlaengerung nach osten in neue wohngebiete wird bei der planung zu bedenken sein. gleichzeitig mit der u 3 ist der zweite grundsuetzlich vorgesehene betriebsbahnhof in erdberg zu errichten, er wird in verschiedenen baustufen entstehen - auf einem gelaende nahe der ostautobahn, das durch starken verkehr bereits belastet ist. fuer den abschluss der u 3 in erdberg wurden nicht weniger als 16 varianten geprueft, nach siebung blieben vier varianten - naemlich fuehrung durch erdberger strasse, baumgasse, hainburger strasse oder landstrasser hauptstrasse. zu bedenken ist, dass ein u-bahn-verlauf oestlich der landstrasser hauptstrasse um 40 prozent geringere baukosten hat. mit der durchquerung der innenstadt und zusaetzlichen stationen stubenbastel und herrengasse wird der 1. bezirk guenstig erschlossen. die fuehrung von volkstheater zum westbahnhof - ob durch die mariahilfer strasse oder durch die lindengasse - ist noch nicht ausdiskutiert. stationen waeren jedenfalls bei kirchengasse und zieglergasse vorzusehen. die anknuepfung der linie nach dem westbahnhof an die vorortelinie ist selbstverstaendlich.

die u 6 stellt einen sonderfall dar: sie wird aus der guertelstadtbahn von heiligenstadt bis gumpendorfer strasse, einem zu bauenden verbindungsstueck zur philadelphiabruecke und von dort aus der linie 64, die heuer noch bis siebenhirten verlaengert wird, bestehen. die also von heiligenstadt bis siebenhirten durchgehende linie u 6 wird wichtige verkehrsknoten beruehren, wie westbahnhof und philadelphiabruecke. sie wird vorerst mit neuen stadtbahngarnituren vom typ e 6 befahren werden. erste massnahme wird die erprobung der neuen garnituren sein. fuer die neu zu bauende strecke gibt es einige varianten, eine sieht die tieflage unter der sechshauserstrasse, die unterquerung des wientals, tieflage unter der meidlinger hauptstrasse oder vivenotgasse vor.

abschliessend brachte gr. kopfensteiner einen auch von der oevp unterstuetzten z u s a t z a n t r a g ein, der den grundsatzbeschluss in dem sinne ergaenzt, dass auch andere varianten zum tragen kommen koennen, wenn dies aus gesamtwirtschaftlichen interessen erforderlich ist. (smo) (forts.)

1859

wiener gemeinderat (16):

u-bahn-bau (schluss)

24 wien, 29.4. (rk) jeder vierte wiener sei von der benuetzung der u-bahn ausgeschlossen, stellte gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp) fest. in wien gibt es 23,2 prozent von menschen - koerperbehinderte, personen mit kinderwagen und senioren - die nicht in der lage sind, die u-bahn zu benuetzen, weil sie weder ueber die rolltreppen noch ueber die steilen stufen zum perron gelangen koennen. in der zweiten planungsphase der wiener u-bahn sollte dieser mangel beruecksichtigt werden. der einbau von aufzuegen in allen stationen wuerde zwischen 500 und 600 millionen kosten.

zur planung der u 3 nahm gr. k n e i s l e r (spoe) stellung. die trasse dieser linie zwischen breitensee und erdberg ist in der vereinbarung zwischen dem bund und dem land wien fest-

./.

gesetzt worden. der bau soll nun rasch realisiert werden. zur komplettierung des grundnetzes seien die u 3 und die u 6 unbedingt erforderlich. die u 3 wird kuenftig die am staerksten belastete strassenbahnlinie '49' entlasten. ausserdem wird die u 3 wesentlich zu neuen impulsen fuer eine reihe von stadterneuerungsgebieten beitragen. die finanziellen vorleistungen fuer die u 3 betragen bisher 314,8 millionen. bei 1982 werden die kosten fuer die u 3 und die u 6 in der hoehe von 2,5 milliarden liegen.

auch der ausbau der vorortelinie wird erst durch die u-bahn rentabel. u-bahn und s-bahn dienen zur aufschliessung vieler betriebsbaugebiete am stadtrand und werden dadurch zu mehr freizeit fuer viele arbeitende menschen beitragen. (ba)

stadtrat n i t t e l (spoe) meinte, man koenne grosse verkehrsaufgaben nicht mit emotionen loesen. zur frage der rollstuhlfahrer sei zu sagen, dass diese in der ganzen welt wie in wien nicht die u-bahn benuetzen duerfen, da diese beim einsteigen und durch die hohe geschwindigkeit zu gefaehrlich sei. die u-bahn koenne zwar viel, aber eben nicht alles. nittel betonte, dass es in den grossen stationen aufzuege fuer aeltere und behinderte personen gibt und dass kontakte mit behindertenorganisationen aufgenommen worden sind, um die weiteren verkehrsplanungen moeglichst behindertenfreundlich zu gestalten.

stadtrat univ.-prof. dr. rudolf w u r z e r empfahl in seinem schlusswort, den zusatzantrag der oevp anzunehmen, und den zusatzantrag der fpoe abzulehnen.

a b s t i m m u n g :

der zusatzantrag der fpoe wurde mit mehrheit abgelehnt.

der zusatzantrag der oevp wurde mit mehrheit angenommen.

der antrag des berichterstatters wurde einstimmig angenommen.

(gab) (forts.)

1909

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

kunstverein

25 wien, 29.4. (rk) gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe) stellte den antrag, dem kunstverein wien eine subvention von 2,850.000 schilling zu gewaehren.

gr. mag. k a u e r (oevp) erklarte, dass darin die refundierung des gehaltes in der hoehe von 850.000 schilling jaehrlich fuer den persoanlichen referenten eines stadtrates enthalten ist. dies sei ein "teures versteckertspiel auf kosten der steuerzahler". die oevp lehne diese rechtlich bedenkliche und ungerechte konstruktion ab.

gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe) wies in seinem schlusswort auf die zahlreichen aktivitaeten des kulturvereins hin. dazu zaehlen unter anderen literarische veranstaltungen (zum beispiel "literatur im maerz", "kinderliteraturwoche"), kurse und verschiedene andere veranstaltungen und aktionen, die zur kulturellen belebung beitragen. die betreffende dame ist keineswegs eine persoanliche referentin des stadtrates, sondern eine kreative kulturmanagerin, die ausserordentlich viel leistet und fuer diese vielfaeltigen aufgaben qualifiziert ist. sie ist mit der vorbereitung, durchfuehrung und organisation zahlreicher wichtiger und erfolgreicher kultureller aktivitaeten beschaefigt.

a b s t i m m u n g: angenommen mit den stimmen der spoe.

kulturschilling

anschliessend behandelte der gemeinderat fuenf antraege auf gewaehrung von foerderungszuschuessen an verschiedene vereine und institutionen. zu allen fuenf antraegen brachte die oevp abaenderungsantraege ein, die sich gegen die bedeckung der foerderungszuschuesse aus dem kulturschilling wandten und eine andere form der bedeckung verlangten.

die abaenderungsantraege wurden mit den stimmen der spoe abgelehnt, die antraege selbst jeweils mit den stimmen der spoe angenommen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

tarif staedtische bestattung

=++++

26 wien, 29.4. (rk) gr. h a b e r l (spoe) beantragte als berichterstatter, die seit 1974 unveraendert gebliebenen tarife der staedtischen bestattung um 8,8 prozent zu erhoehen.

gr. h a u b e n b u r g e r (oevp) erklaerte, dass die erhoehung wirtschaftlich nicht begruendet ist. das ausmass ist zu hoch und widerspricht dem grundsatz, dass die staedtische bestattung sozial und ohne gewinnstreben arbeiten sollte.

gr. h i r s c h (spoe) erklaerte, dass der antrag gut fundiert und berechtigt ist. die ablehnung durch die opposition ist nur politisch motiviert.

gr. h a b e r l (spoe) erklaerte in seinem schlusswort als berichterstatter, dass die lohnkosten in der staedtischen bestattung seit 1974 um 45 prozent, die materialkosten um 40 prozent gestiegen sind. durch die tarifanpassung erspart sich die staedtische bestattung allein fuer 1980 einen verlust von 11,5 millionen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

u 4-parkshop meidling

gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe) stellte als berichterstatter den antrag, den errichtern des u 4-parkshops meidling zusaetzlich 3,5 millionen aus u-bahn-mitteln zu gewaehren.

gr. i n g k r e i n e r (oevp) erklaerte, dass fuer die herstellung einer verkehrsflaeche urspruenglich ein fixer pauschalbetrag von 12 millionen vereinbart wurde. eine vertragsaenderung waere nicht notwendig, da im vertrag kein hinweis auf eine abgeltung vom mehrkosten enthalten ist.

stadtrat n i t t e l (spoe) erklaerte, dass der vertrag sehr wohl eine revisionsklausel enthaelt. durch behoerdliche auf-lagen sind insbesondere bei den fundierungen mehrkosten von 11 millionen entstanden. nach abschaetzung des prozessrisikos wurde nach langwierigen verhandlungen eine gute loesung gefunden.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

(se1) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

4. subventionsliste

28 wien, 29.4. (rk) str. m a y r (spoe) beantragte die 4. subventionsliste mit einem gesamtbetrag von 6,211.129 schilling, die sieben vereinen und organisationen gewahrt werden. gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) lehnte die subventionierung des pensionistenverbandes oesterreichs, landesorganisation wien, mit 250.000 schilling ab, da einseitig ein verein im vorfeld der mehrheitspartei bevorzugt wird, waehrend subventionsansuchen der fp-seniorenorganisation abgelehnt wurden. er verlangte die gesonderte abstimmung ueber die subvention.

a b s t i m m u n g : die subventionsliste wurde mit ausnahme des einen punktes einstimmig angenommen. der gesondert abgestimmte punkt erhielt die mehrheit von oevp und spoe.

neue kindergartenbeitraege

gr. h a n k e (spoe) beantragte eine neuregelung des besuchsgeldes fuer kindergaerten und horte, ermaessigungen bei halbtagsbesuchen sowie individuelle ermaessigungs-gewaehrung durch das jugendamt.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) begruesste es, dass nunmehr bei halbtagsbesuchen ermaessigungen gewahrt werden, kritisierte jedoch, dass bereits bei einem familien-netto-einkommen von 10.000 s der hoechstbeitrag zu entrichten ist. die gewaehrung von ermaessigungen sollte schliesslich nicht in das ermessen eines amtes fallen, sondern ein rechtsanspruch sein. im s c h l u s s w o r t wies der berichterstatter darauf hin, dass mit der nahezu erreichten vollversorgung im kindergartenbereich halbtagsbesuche verstaerkt ermoeeglicht werden. die tarifgestaltung ist sehr vielfaeltig, alle moeglichen belastungen

./.

werden bei der beitragsbemessung beruecksichtigt. sozialarbeit wird immer individuell und nicht regelementierbar sein. die einstufung wird von den einzelnen jugendaemtern sehr verantwortungsbewusst gehandhabt.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.
(smo) (forts.)

1955

wiener gemeinderat (20):

dringliche anfrage

29 wien, 29.4. (rk) die dringliche anfrage zum allgemeinen krankenhaus wurde von gr. p r o c h a s k a (oepv) verlesen.

in seiner begruendung zur "dringlichen" wies stadtrat dr. g o l l e r (oepv) darauf hin, dass buergermeister gratz trotz wiederholten anfragen der opposition kein einziges mal im gemeinderat ueber den fortschritt und ueber die kontrolle des akh berichtet habe. mitglieder des gemeinderates mussten die mitteilungen ueber das akh zuerst aus den zeitungem erfahren, bevor sie von den verantwortlichen informiert wurden. wenn man jetzt sage, man muesse das ergebnis der gerichte und der verfahren abwarten, so beweist das erneut die geringe aktivitaet des buergermeisters. innerparteiliche auseinandersetzungen zwischen der "androsch-partei" und der "gratz-partei" duerfen nicht zu laehmungserscheinungen im rathaus fuehren. da der buergermeister seit dem beginn der affaere zum akh geschwiegen habe, stelle die oepv die dringliche anfrage. (ba) (forts.)

1959

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (21):

dringliche anfrage (forts.)

30 wien, 29.4. (rk) die debatte eroeffnete ebenfalls stadtrat
g o l l e r (oevp). in der frage des akh sei es nicht mit der
anzeige gegen unbekannt und der entlassung eines direktors getan.
die frage sei, wie es weitergehen soll. die anfrage der oevp
soll die verantwortlichen politiker zum handeln bringen. die
oevp bejaht die errichtung eines modernen krankenhauses, aber
es sei durch mangelnde kontrolle zu fehlplanungen und anderen
fehlentwicklungen gekommen, deren vertuschung verhindert werden
muesse.

goller wies auf die consultatio hin, die immer wieder in
geschaeften mit der stadt wien auftauche. in dieser frage sei
eine saubere trennung von politik und geschaeft noetig. das
kreisky-androsch-abkommen muesse auch fuer wien anwendung finden.
goller warf buergermeister g r a t z vor, in bezug auf das
akh untaetig geblieben zu sein. er habe in keiner frage, auch
nicht in der frage der kostenausweitung beim akh, reagiert.
stadtrat m a y r hingegen gebe keine ausreichende information
und treffe keinen der notwendigen schritte bezueglich des akh,
die er als beauftragter der stadt wien treffen muesste. stattdessen
verhindere er, dass der akt fuer einen wartungsauftrag fuer das
modernste roentgengeruet in wien im krankenhaus lainz in den
gemeinderat komme und blockiere so dieses wichtige geraet.

mit ihrer dringlichen anfrage wolle die oevp endlich wissen,
was buergermeister gratz unter politischer verantwortung versteht.
gratz habe die demokratische pflicht, auf die anfrage zu ant-
worten, wie es die pflicht der oevp gewesen sei, sie zu stellen.
(gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

dringliche anfrage (forts.)

31 wien, 29.4. (rk) gegenstand der sonderpruefung des kontroll-
amtes waren die modalitaeten der vergabe der betriebsorganisations-
planung beim akh, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe).
diese sonderpruefung war von der fpoe in einem antrag am 14. februar
1979 verlangt worden. zwei wochen spaeter gab buergermeister gratz
im einvernehmen mit finanzminister androsch den kontrollauftrag.
vier monate spaeter brachte die oevp im parlament einen antrag
auf eine sonderpruefung durch den rechnungshof ein. im national-
rat gibt es in diesem zusammenhang ein qualifiziertes minderheits-
recht, von dem die oevp in sachen akh allerdings bis zu jenem zeit-
punkt keinen gebrauch gemacht hatte.

im zusammenhang mit dem akh gibt es eine reihe von offenen
fragen. eine dieser fragen sei die "affaere wilfling". dipl.-
ing. armin rumpold, der ehemalige leiter der oekodata, deponierte
beim kontrollamt, dass der ehemalige bereichsleiter wilfling von
ihm eine provision in der hoehe von 2,5 millionen verlangt habe.
hirnschall appellierte an den buergermeister, alles mitzuteilen,
was da vorgefallen ist.

eine verlaengerung des abo-vertrages ist nach meinung der
fpoe indiskutabel geworden.

eine weitere frage, die nach vorliegen des kontrollamts-
berichtes zu entscheiden sein wird, ist, ob es noch tragbar
ist, die gemeindebeteiligung an der firma medconsult aufrechtzu-
erhalten. es wird sache des gemeinderates sein, den bericht des
kontrollamtes entsprechend zu wuerdigen. diese aufgabe wollen
und sollen wir uns nicht von privaten sachverstaendigen abnehmen
lassen, sagte hirnschall.

die eingeleiteten strafverfahren befinden sich immer noch im
stadium der vorerhebungen. noch in keinem fall wurde eine vorunter-
suchung eingeleitet, die bereits in die zustaeendigkeit unabhaengiger

./.

richter faellt. an das justizministerium sei daher der appell zu richten, eine rasche behandlung dieser verfahren zu ermoeeglichen und jeden anschein zu vermeiden, dass hier etwas gesteuert wird. (ger)

die vorgaenge um das akh sind einem kriminalroman aehnlich, erklarte stadtrat dr. gertrude k u b i e n a (oevp). auf jeden fall bleibt beim steuerzahler die wut ueber den verlorenen groschen. allein fuer die ueberarbeitung des raum- und funktionsprogrammes zahlte man 44,2 millionen schilling. fuer das smz-ost sind fuer das gesamte programm nur eine halbe million schilling notwendig.

die vergabe der betriebsorganisationsplanung erfolgte nach der devise "wie es euch gefaellt" und man zahlte nach dem motto "was ihr wollt". immer wurde die gleiche gruppe bevorzugt.

die politiker haben sich um das bauprojekt zuwenig gekuemert. die nun getroffenen massnahmen, wie eine begleitende kontrolle, haetten viel frueher erfolgen muessen. man haette sich damit viel geld erspart. (sei)

alles, was die sozialisten in wien in erfuellung des waehlerauftrags machen, wird von der oevp zunaechst in frage gestellt und dann skandalisiert, stellte gr. w i e s i n g e r (spoe) fest. die vierzehn punkte der dringliche anfrage beweisen das, sie bringen nichts neues. alles das wurde schon gefragt und beantwortet. es geht dem dr. busek und seiner pro-wien-partei, die man eigentlich schon kontra-wien-partei nennen muesste, nicht um das allgemeine krankenhaus, dessen notwendigkeit von niemandem bestritten wird, dessen finanzierung gesichert ist und das nach der meinung aller rasch und zuegig weitergebaut werden soll, sondern um politische polemik. einer der gruende fuer die skandalisierungspolitik ist, dass dr. busek in die stadtregerung hinein will, damit dann gesagt werden kann, die oevp bringe alles in ordnung. diese dringliche anfrage ist ein teil dieses busek-konzepts, sie ist ohne besonderen aussagewert und berge lediglich die gefahr, dass der wert von dringlichen anfragen ueberhaupt herabgesetzt wird. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (23):

dringliche anfrage (forts.)

32 wien, 29.4. (rk) bei der frage nach der politischen verantwortung bleiben finanzminister androsch und buergermeister gratz ueber, sagte gr. dr. k r a s s e r (oepv). der finanzminister habe sich auf den standpunkt zurueckgezogen, dass der aufsichtsrat den vorstand bestellt habe und er und der buergermeister diese bestellung aus der tagespresse erfuhren. dies stimme jedoch nicht, denn die beamten haben weisungen erhalten, wer in den vorstand bestellt wird. der buergermeister habe einen ueberlasteten spitzenbeamten, von dem er annehmen musste, dass er seine kontrollfunktion nicht genuegend ausueben koenne, in den aufsichtsrat entsandt. der hauptvorwurf richte sich daher an androsch und gratz.

krasser kritisierte ausserdem, dass der aufsichtsrat der akpe sachverstaendigengutachten zum kontrollamtsbericht einholen lassen will. durch diese vorgangsweise wird das kontrollamt desavouiert. es gehe nicht an, dass der akpe-aufsichtsrat steuermittel einsetzt, um die kontrollorgane zu bekaempfen. (ba) (forts.)

2147

wiener gemeinderat (24):

dringliche anfrage (forts.)

33 wien, 29.4. (rk) gr. e b e r h a r d (oepv) sagte, immer wenn die oepv die klaerung kommunaler affaeren verlange, spreche die spoe von skandalisierung. dabei sei es das legitime recht, ja die plflicht der opposition, diese aufklaerung zu verlangen und weitere schaeden zu verhindern. es gehe hier darum, dass ungeheure betraege verschleudert und in der folge arbeitsnehmer verunsichert worden seien, wie bei der firma siemens, fuer die stadtrat mayr eine auftragssperre angekuendigt hat. die akpe habe die

kosten nicht im griff, kostensteigerungen durch auftraege an subunternehmen seien zu verzeichnen gewesen. die entfilzung von personen und aemtern sei noetig.

nun sei es fuenf nach zweielf. man muesse alles untersuchen, um schaeden aufzudecken und zu beseitigen. der oevp gehe es um den raschen fertigbau des akh und darum, es dann mit moeglichst niedrigen betriebskosten zu fuehren.

er wolle nicht daran denken, sagte eberhard, was man alles mit den verschwendeten geldern haette machen koennen. die dringliche anfrage sei noetig, um zu verhindern, dass steuergelder verschwendet werden. rasche klaerung sei noetig. (gab)

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) stellte fest, dass die wartung des von stadtrat dr. goller genannten medizinischen geraetes auch ohne servicevertrag moeglich sei.

das akh ist ueberhaupt nicht mit dem sozialmedizinischen zentrum ost zu vergleichen, betonte stacher. das akh hat ganz andere dimensionen, ist auch forschungs- und lehrstaette.

die ist-zustandserhebung wurde von mir im jahr 1975 verlangt, erklarte stacher.

die ma 17 wirkt sehr wohl an der betriebsorganisation mit, sie ist aber personell nicht imstande, eine komplette betriebsorganisationsplanung fuer ein derartiges vorhaben durchzufuehren.

wir werden trotz der oevp das akh fertigbauen, so, dass es der gesundheit der wiener bevoelkerung zugutekommt, schloss stacher. (ger)

das kraeftespiel in der demokratie ist nicht mehr richtig ausgewogen, erklarte gr. dr. p e t r i k (oevp). man versucht, die opposition der kontrollfunktion zu entheben und man spielt den zensor der freien medien. in wien sind die grenzen zwischen der sozialistischen partei und der stadtverwaltung verwischt. im gegensatz zur sozialdemokratie von einst hat sich heute eine neue dimension wirtschaftlicher und politischer macht herausgebildet. immer wieder tauchen die gleichen freunde des hannes androsch auf. wir brauchen wieder mehr sauberkeit in der politik, betonte dr. petrik. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (25):

dringliche anfrage (forts)

34 wien, 29.4. (rk) gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) warf der oevp vor, sie skandalisiere den neubau des akh so wie sei seinerzeit grundlos die uno-city skandalisiert hat. vizebuergemeister dr. busek hat sehr wohl die einstellung des akh-baues verlangt, auch wenn das heute heftigst dementiert wird. mit dem versuch, die errichtung des akh zu kriminalisieren, wird auch versucht, zu unterstellen, dass ueber provisionen eine parteienfinanzierung erfolgte, solche behauptungen hat es vor jahren auch mit grundstuecksspekulationen gegeben. jahre spaeter mussten diese behauptungen von den zeitungen zurueckgenommen werden. die oevp geht aber auch so weit, sachverstaendige - indem sie meint, fuer geld kann man sogar gutachten haben - in misskredit zu bringen. schliesslich kommt es der diskriminierung der beamten des rechnungshofes gleich, wenn die oevp nunmehr den vizepraesidenten des rechnungshofes als notwendige kontrollfunktion reklamiert. die sozialisten sind immer fuer eine saubere verwaltung gewesen und sind bereit zu garantieren, dass bei unzuakoemlichkeiten fuer sauberkeit gesorgt wird. (smo) (forts)

2220

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (26):

dringliche anfrage (forts)

35 wien, 29.4. (rk) stadtrat m a y r (spoe) stellte richtig, dass bis jetzt kein kontrollamtsbericht vorliegt, sondern nur ein rohbericht, der vom vorstand der akpe beantwortet wurde. niemand wird den zustaendigen gremien die verantwortung abnehmen, aber sie sollen sich aller entscheidungshilfen bedienen duerfen. wenn unzu-koemlichkeiten vorliegen, wird ungeachtet der person durchgegriffen. eine zustimmung zu einem femegericht wird die spoe allerdings nie geben. stadtrat mayr betonte, dass er die politischen mandatare niemals falsch informiert, oder tatsachen falsch darge- stellt habe.

den auftrag zur kontrolle des akh hat die spoe gegeben. der groesste vorwurf der oevp, die kostenexplosion des baues, ist in dem rohentwurf des kontrollamtsberichts gar nicht zu finden, sondern ist eine behauptung, die die oevp wider besseren wissens aufstellt. die oevp bedauert es offensichtlich, 1973 in opposition gegangen zu sein und moechte diese entscheidung durch eine skandalisierungs- welle rueckgaengig machen.

die spoe ist bereit, alle unzu-koemlichkeiten abzustellen, sie sei jedoch nicht bereit, einer hysterisierungs- und skandalisierungs- kampagne nachzugeben. (ba) (forts)

2226

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (27):

dringliche anfrage (forts)

36 wien, 29.4. (rk) vizebuergermeister b u s e k (oepv) sagte, stadtrat mayr habe es bei seiner aussage mit der wahrheit nicht genau genommen. die oevp habe schon 1974 die schaffung eines beratungsausschusses fuer das akh vorgeschlagen. 1975 habe die oevp einen beschlussantrag zur sonderpruefung des akh-baues durch den rechnungshof gestellt, sachliche gespraechе ueber das akh zu fuehren - diese seien von der spoe zwar zugesagt, aber nie durchgefuehrt worden. fuer den stil stadtrat mayrs sei kennzeichnend, dass ihm immer muendliche berichte ueber das akh genuegt haetten.

was immer geschehe, schloss busek, die spoe werde die oevp nicht hindern, im dienst der buerger wahrzunehmen, was fuer wien noetig sei. (gab) (forts)

2230

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (28):

gratz zur oevp-anfrage

37 wien, 29.4. (rk) buergermeister leopold g r a t z (spoe) nahm umfassend zu den insgesamt 14 fragen stellung, die in der dringlichen anfrage der oevp an ihn gerichtet wurden.

zur frage, wie oft und durch wen er sich ueber den baufortschritt beim neuen akh informiert habe, verwies gratz auf die kompetenz des finanzstadtrates, der ihn informiert habe.

zur frage, was er praezis unter der uebernahme der politischen verantwortung verstehe, sagte gratz nach der zitierung fuehrender oesterreichischer rechtsexperten: "ich habe den antrag des amtsfuehrenden stadtrates fuer finanzen zur gruendung der akpe, der vom gemeinderat am 17. oktober 1975 einstimmig beschlossen wurde, in gespraechen mit dem bundesminister fuer finanzen mitvorbereitet, o bekenne mich zu ihm und seiner zielsetzung - ein neues allgemeines krankenhaus als kombination der zusammenfassung der universitaetskliniken wiens und des modernstmoeglichen zentralspitals zu bauen.

o ich bekenne mich zur organisationsform, die sich bei der zu beginn ebenfalls bekaempften und skandalisierten iakw hundertprozentig bewaehrt hat.

o ich bekenne mich dazu, dass der dem wiener gemeinderat vorliegende finanz- und investerionsplan fuer die kommenden fuenf jahre ausreichende bauraten fuer einen optimalen weiterbau des allgemeinen krankenhauses ohne fremdfinanzierung enthaelt.

o ich bekenne mich zur kontrolle dieses technisch so komplizierten bauwerkes, wie sie von uns angeordnet wurde.

o ich bekenne mich dazu, dass der eigentuemervertreter den aufsichtsrat der akpe im bestreben unterstuetzt, noch bessere formen der innenrevision und begleitkontrolle zu finden, ohne den arbeitsablauf zu behindern.

o ich bekenne mich schliesslich dazu, dass zu einer zeit, in der die einzelnen menschen in oesterreich dank einer im in- und aus-

land anerkannten zehnjährigen erfolgreichen tätigkeit der bundesregierung kreisky einen in der geschichte unseres landes noch nie erreichten wohlstand und sicherheit geniessen koennen, dass zu einer solchen zeit die oeffentliche hand in der lage sein muss, universitaetskliniken zu bauen, die fuer lehre und forschung optimale bedingungen bieten, und ein allgemeines krankenhaus zu bauen, das die nach dem heutigen stand der medizin bestmoegliche betreuung der menschen sichert.

dafuer uebernehme ich vor dem wiener gemeinderat und vor den wienerinnen und wienern die volle politische verantwortung."

zur dritten frage, wer die beiden von der stadt wien nominieren akpe-direktoren ausgesucht habe, verwies gratz auf einstimmige karencierungsbeschluesse der gemeinderaetlichen personalkommission am 30. oktober 1975. durch einvernehmliche regelungen wurden dr. schwaiger (bis dahin in der finanzverwaltung) und dipl.-ing. adolf winter (ein bis dahin bewaehrter beamter der stadtbaudirektion) als vorstandsmitglieder der akpe bestellt.

zur vierten frage, ob der aufsichtsrat der akpe nicht ueberfordert sei, erklarte gratz, es sei keinerlei anlass zur feststellung vorhanden, dass der aufsichtsrat in irgendeiner form seiner eindeutig formulierten aufsichts- und kontrollpflicht nicht nachgekommen sei.

zur fuenften frage, ob eine muendliche berichterstattung der akpe ausreichend sei, verwies gratz auf zahlreiche schriftliche berichte, u. a. den bericht, der am 28. februar 1979 dem stadt-senat vorgelegt wurde.

zur sechsten frage, ob ihn stadtrat mayr ueber die akpe-berichte informiert habe, stellte gratz fest, dass dies geschehen sei.

zur siebenten frage, betreffend unrichtige mitteilungen ueber den einsatz von subunternehmern der abo, stellte gratz fest, dass die weitergabe von auftraegen erst durch eine anfrage der akpe an die abo vom 4. dezember 1979 bekannt geworden sei.

die achte frage, warum kein beauftragungsvertrag zwischen dem bund, der stadt wien und der akpe abgeschlossen wurde, erklarte gratz, dass die akpe ausdruecklich vertraglich dazu verpflichtet wurde, die vergaberichtlinien der stadt wien anzuwenden.

zur neunten frage, was der vorstand der akpe ueber die leistungen der abo berichtet habe, verwies gratz auf den beschluss des aufsichtsrates vom 28. april, wonach bisher 68 prozent der vereinbarten leistungen erbracht wurden und das bisher bezahlte honorar geringfuegig hinter diesem ausmass zurueckgeblieben sei. darueber hinaus beschloss der aufsichtsrat, mit zwei wirtschaftstreuhaendern kontakt zur ueberpruefung der preisangemessenheit des abo-auftrages aufzunehmen.

zur zehnten frage, wann die abo zum vorwurf der parteifinanzierung stellung genommen habe, verwies gratz auf ein schreiben der abo an die akpe vom 10. april, in dem erkluert wird, dass keine wie immer gearteten zahlungen an eine oder mehrere parteien geflossen seien. der aufsichtsrat der akpe habe dies als unzuellaenglich bezeichnet und verlange eine ueberpruefung saemtlicher geschaeftsunterlagen durch gerichtlich beeidete buchsachverstaendige beziehungsweise wirtschaftspruefer.

zur elften frage, warum der kontrollamtsbericht den im gemeinderat vertretenen parteien nicht uebergeben wurde, verwies gratz auf die stadtverfassung und die geschaeftsordnung des magistrats. es ist ausdruecklich vorgeschrieben, dass den geprueften stellen gelegenheit gegeben werden muss, zu den auffassungen des kontrollamtes stellung zu nehmen. erst die auffassung des kontrollamtes zusammen mit stellungnahme der geprueften stelle bilden gemeinsam den bericht des kontrollamtes. da vorlaeufige meinungen des kontrollamtes in zeitungsen veroeffentlicht wurden, habe er veranlasst, dass auch den obmaennern der gemeinderatsklubs dieser vorbericht uebergeben wurde. da sich politische funktionaere wider besseres wissen auf einen "kontrollamtsbericht" berufen haben, werde er in zukunft die vorschriften der stadtverfassung in dieser hinsicht strengstens handhaben.

zur zwoelften frage, warum die protokolle des aufsichtsrates nicht vorgelegt wurden, verwies gratz auf die eindeutigen gesetzlichen bestimmungen. es werde ein diesbezugliches gutachten von univ.-prof. dr. walter kastner eingeholt.

zur frage, was er zur klaerung der offenen fragen um planung, bau und finanzierung des neuen akh zu unternehmen gedenke, legte gratz ausfuehrlich die derzeitige situation dar. die gesamt-kosten

seien mit 26,2 milliarden s (preisbasis 1. jaenner 1980) fixiert, ebenso der umfang des projektes und die fertigstellungstermine - teilbetrieb ab 1983, vollbetrieb 1986/87.

zur vierzehnten frage, ob die kreisky-androsch-regelung bezueglich der consultatio und ihrer mitarbeiter nicht auch in wien angewendet werden solle, sagte gratz: ''in einem rechtsstaat haben sich regelungen nicht nach dem propagandabeduerfnis einer ohne sachalternativen agierenden oppositionspartei zu richten, sondern nach gleichen und fuer alle geltenden grundsaeetze. wenn der bundesverfassungsgesetzgeber gleichmaessige unvereinbarkeitsvorschriften fuer die privatwirtschaftliche betaetigung aller mitglieder der bundesregierung und aller mitglieder der landesregierungen erlaesst, und diese unvereinbarkeit sich auf wirtschafts- und geschaeftskontakte zu allen unternehmungen und einrichtungen bezieht, die im eigentum einer gebietskoerperschaft in oesterreich stehen, dann wird die stadt wien selbstverstaendlich diese vorschriften anwenden''. (sti) (forts)

2204

wiener gemeinderat (29):

zweitlaengste sitzung des gemeinderates

38 wien, 29.4. (rk) mit der beantwortung der dringlichen anfrage durch buergermeister g r a t z war die zweitlaengste sitzung des wiener gemeinderates seit 1945 zu ende. der vorsitzende, gr. m a y r h o f e r (spoe), schloss nach mehr als dreizehneinhalbstuendigen beratungen die sitzung. die laengste sitzung des wiener gemeinderates hatte im september 1951 stattgefunden. damals begann der gemeinderat am 21. september um 11 uhr mit den beratungen, die am 22. september um 1 uhr frueh abgeschlossen werden konnten. (ger) (schluss)

2247

- ende des sitzungsberichtes -